

Europa und die Linke

Von Rebekka Wyler

»Ein Gespenst geht um in Europa [...]« (MEW 4, 461). In seinem ersten Satz verortet das Kommunistische Manifest den Ursprung der Industrialisierung wie auch des Sozialismus. Europa spielt für die ArbeiterInnenbewegung eine zentrale Rolle: Es ist sowohl der Ort, wo sich der Kapitalismus zuerst formiert hat, als auch der Ort, auf den sich die linken Gegenentwürfe als Erstes bezogen haben. Im Folgenden soll es um die kontroverse Positionierung der Linken zum europäischen Integrationsprozess gehen, und darum, was Marx zur Europa-Frage zu sagen hat.

Nach dem Zweiten Weltkrieg stieg der Grad der internationalen Verflechtung der Volkswirtschaften wieder an. Die 1950er und 1960er, teilweise auch noch die 1970er Jahre waren eine Zeit des expansiven Kapitalismus und der multinationalen Unternehmen. Weltweit wurden neue Märkte erschlossen. Was Marx/Engels 1848 im Kommunistischen Manifest schrieben, wurde wieder aktuell: »Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien [...], durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden. An die Stelle der alten, durch Landeserzeugnisse befriedigten Bedürfnisse treten neue, welche die Produkte der entferntesten Länder und Klimate zu ihrer Befriedigung erheischen. An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander« (ebd., 466). Die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung der Nachkriegszeit, die durch Firmenzusammenschlüsse und ausländische Direktinvestitionen verstärkt wurde, weckte den Bedarf nach adäquaten über- und zwischenstaatlichen Strukturen. Die Schaffung solcher Strukturen blieb jedoch problematisch, da der grösste Teil der jeweiligen Volkswirtschaften in nationalstaatlichen Strukturen verhaftet blieb. Die unterschiedliche ökonomische Entwicklung der einzelnen Länder stellte den Einigungsprozess vor zusätzliche Herausforderungen.

1951 war die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) gegründet worden. Das Einigungsprojekt wurde unter dem Eindruck des Zweiten Weltkriegs entworfen, stand aber von Beginn an auch im Zeichen

der Westintegration und des Kalten Kriegs. 1957 unterzeichneten die sechs Gründerstaaten die Römer Verträge über die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Die Schweiz stand abseits: Im Namen einer eigennützig interpretierten Neutralität schloss man sich bloss ›technischen‹, nicht aber ›politischen‹ Organisationen der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit an. So war die Schweiz 1960 Mitgründerin der Europäischen Freihandelsassoziation EFTA, und auch der Beitritt zum Freihandelsabkommen 1972 war unumstritten.

Mit Blick auf Marx' Thesen stellt sich die Frage, ob der europäische Integrationsprozess nach einfachen Prinzipien von Ursache und Wirkung verlief. Damit wäre gemeint, dass Veränderungen des wirtschaftlichen Unterbaus quasi-automatisch Veränderungen des politischen Überbaus nach sich ziehen müssten. Wie der Blick auf die Geschichte der europäischen Einigung zeigt, wurde dieser Prozess von verschiedensten, auch widersprüchlichen Faktoren geprägt. Im Kommunistischen Manifest heisst es: »Die Bourgeoisie hebt mehr und mehr die Zersplitterung der Produktionsmittel, des Besitzes und der Bevölkerung auf. Sie hat die Bevölkerung agglomeriert, die Produktionsmittel zentralisiert und das Eigentum in wenigen Händen konzentriert. Die notwendige Folge hiervon war die politische Zentralisation« (ebd., 466). Dabei ging es um die Entstehung von Nationalstaaten, (noch) nicht von überstaatlichen Strukturen. Auch damals handelte es sich jedoch nicht um einen ›Automatismus‹. Wirtschaftliche Interessen trieben einen Prozess voran, der jedoch nicht zwangsläufig an ein bestimmtes Ziel führte und auch nicht ausschliesslich durch ökonomische Interessen geprägt war. Gleichzeitig kann das europäische Integrationsprojekt auch als Reaktion auf die wirtschaftliche Vormacht der USA gelesen werden. Und die Integrationsmassnahmen auf politischer Ebene (Binnenmarkt, Freizügigkeit von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital, Schaffung der Europäischen Zentralbank, Einheitswährung) ermöglichten ihrerseits wiederum neue Phasen der Entwicklung der Produktivkräfte und der Kapitalakkumulation. So beeinflussen sich wirtschaftliches und politisches System wechselseitig. Im Kommunistischen Manifest heisst es hierzu: »Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren. [...] Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisiepoche vor allen anderen aus. [...] Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muss sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen« (ebd., 465).

Heute müssen wir uns die Frage stellen, ob diese Feststellungen im digi-

talen Zeitalter noch Geltung haben: Ist das Kapital weiterhin auf den Nationalstaat angewiesen, oder auch auf überstaatliche Zusammenschlüsse? Die Freizügigkeit des Kapitals war schon immer eher gewährleistet als diejenige der Personen, und grosse Teile des Kapitals weisen kaum mehr nationalstaatliche Bindungen auf. Gleichzeitig ist auch der digitale Kapitalismus weiterhin auf die öffentliche Hand angewiesen, beispielsweise zur Durchsetzung von Eigentumsrechten. Was bedeutet dies für den europäischen Integrationsprozess? Wirken weiterhin in erster Linie Veränderungen des wirtschaftlichen Unterbaus auf den politischen Prozess? Welche Interessen dominieren? Wie erklären wir die aktuelle Krise der Europäischen Union, die mit Abspaltungs- und Abgrenzungstendenzen einhergeht? Es ist eindeutig, dass nicht alle Kapitalfraktionen in gleicher Weise auf die europäische Einigung angewiesen sind. Dies lässt sich auch in der Schweiz erkennen, wo sowohl ArbeitgeberInnen- wie auch ArbeitnehmerInnenverbände entlang der Linie zwischen Export- und Binnenwirtschaft gespalten sind: Für die Maschinenindustrie hat ›Europa‹ eine ganz andere Bedeutung als für das Baunebengewerbe; und der Bereich der Finanzdienstleistungen funktioniert wiederum nach anderen Gesetzmässigkeiten.

Bei der europäischen Einigung ging es um Frieden, aber es ging auch um Geld. All dies machte es für die Linke schwierig, nicht nur in der Schweiz. Einerseits war ›Europa‹ ein Projekt für ein friedliches Zusammenleben, andererseits diente und dient der Freihandel in erster Linie den Interessen der Unternehmen, wie dies auch Marx in bissigsten Formulierungen in seiner ›Rede über die Frage des Freihandels‹ von 1848 darlegte. Diese Ambivalenz bestand von Beginn an. Es zeigt sich auch, dass es für die Linke immer schwierig war, glaubhafte Alternativen jenseits von Zustimmung oder Ablehnung zum vorliegenden Projekt der europäischen Integration zu formulieren, auch wenn sich die Mehrheit der ArbeiterInnenbewegung über die Zielsetzung eines sozialen Europa zumindest in den Grundzügen einig war. Im Vorfeld der Abstimmung über den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) 1992 trat die Spaltung der Linken klar zutage. Eine Minderheit kritisierte die Vorlage aus linker, grüner und feministischer Sicht (»Europa der Konzerne«, »Festung Europa«), während die Mehrheit der Linken aus wirtschaftlichen wie auch aus politischen Überlegungen zustimmen wollte. Nicht zuletzt aufgrund der Ereignisse von 1989/91 in Mittel- und Osteuropa herrschte in bestimmten Kreisen eine regelrechte ›Europhorie‹ – wie wenn Europa von Beginn an ein linkes Projekt gewesen wäre. Doch der 6. Dezember 1992 zeigte, dass sich die eigene Basis nicht vollumfänglich hatte überzeugen lassen. Die Vorlage war nicht zuletzt deshalb gescheitert, weil viele – auch wegen entsprechender Aussagen des Bundesrats – den EWR-Beitritt als ersten Schritt zu einem EG-Vollbeitritt interpretierten. Die VertreterInnen der Binnenwirtschaft fürchteten sich

vor negativen Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf Löhne und Arbeitsbedingungen. Es ist davon auszugehen, dass es bei dieser Abstimmung zu branchenspezifischen und klassenübergreifenden Koalitionen zwischen ArbeitgeberInnen und Arbeitnehmenden kam.

Anfang 1993 schlug der Bundesrat der EU die Aufnahme von Verhandlungen zu verschiedenen Themenkreisen vor. Die Gespräche wurden Ende 1994 eröffnet. Die Bundesversammlung stimmte im August 1999 den bilateralen Verträgen zu, die in der Volksabstimmung im Mai 2000 eine Zweidrittelmehrheit fanden. Die Linke hatte inzwischen ihre Taktik angepasst. Von einer Haltung des »Ja, aber ...« hatte man auf eine Position des »Nein, wenn nicht ...« gewechselt: Ohne flankierende Massnahmen würde man den bilateralen Verträgen nicht zustimmen. Dabei ging es um die Positionierung gegenüber der Personenfreizügigkeit. Gesamteuropäisch diskutierte die Linke, ob es sich dabei um ein Freiheitsrecht der/des Einzelnen handelte, oder um ein neoliberales Instrument zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in Westeuropa. Die Schweizer Linke hat mit dem Instrument der flankierenden Massnahmen einen Weg gefunden, die Personenfreizügigkeit im Prinzip positiv zu werten, jedoch negativen Auswirkungen entgegenzutreten. Es gelang der Linken, unter Androhung des Referendums im Parlament Verschärfungen des ArbeitnehmerInnen-schutzes durchzusetzen. Dabei ging es insbesondere um das Vor-Orts-Prinzip – gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort – und damit um den Schutz von Löhnen und Arbeitsbedingungen. Diese Strategie wurde im Hinblick auf die Bilateralen II fortgesetzt, die im September 2005 zur Abstimmung kamen. Europa war zu einem ›Hebel‹ geworden, ohne den Linke und Gewerkschaften die in den Flankierenden Massnahmen formulierten sozial- und arbeitsmarktpolitischen Forderungen zum Schutz der Arbeitnehmenden kaum hätten durchsetzen können. Dies hat auch die nationalkonservative Rechte erkannt. Es ist kein Zufall, dass sie zum aktuellen Zeitpunkt Gewerkschaften und ArbeitnehmerInnenrechte frontal angreift.

Seit einiger Zeit ist der europäische Integrationsprozess ins Stocken geraten. Gleichzeitig sind breite Kreise der Bevölkerung in zahlreichen Ländern enttäuscht von der bisherigen und aktuellen Politik. Rechtspopulistische Strömungen sind im Aufwind, ehemals bedeutende Parteien zerfallen oder reiben sich in grossen Koalitionen auf. (Vermeintliche) Hoffnungsträger – wie Emmanuel Macron, Sebastian Kurz oder Jeremy Corbyn – kommen aus unterschiedlichen Lagern. Während die vielfach totgesagte Labour Party in Grossbritannien an Mitgliedern und Stärke zulegt, scheint der französische Parti Socialiste kurz vor dem Ende. Besonders beunruhigend sind auch Sympathien für autoritäre Regimes, sowohl in Europa wie auch auf anderen Kontinenten. Es ist schwierig, solche widerstreitenden Tendenzen zu erklären und daraus für die Linke eindeutige Schlüsse

zu ziehen: Welches sind die wichtigsten Themen der nächsten Jahre? Wie positionieren wir uns in Zukunft gegenüber dem europäischen Integrationsprozess?

In vielen europäischen Ländern lassen sich innerhalb der Linken zwei hauptsächliche Tendenzen festmachen. Die eine Richtung geht davon aus, dass die dringenden sozialen Fragen in erster Linie auf nationaler Ebene gelöst werden können. Europa (und die Welt) geraten damit mehr oder weniger aus dem Blickfeld. Nationale Bündnisse zwischen ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen sollen es richten. Ein anderer Teil der Linken ist überzeugt, dass es nur auf überstaatlicher Ebene Lösungen gibt. Ein zentrales Element aus ArbeitnehmerInnensicht ist dabei die Durchsetzung des erwähnten Vor-Orts-Prinzips. Dieses bietet nämlich auch Argumentationsmöglichkeiten gegen Rassismus und Diskriminierung. Wenn in der Schweiz für eine Arbeit ein Lohn auf schweizerischem Niveau bezahlt werden muss und sich ein Unternehmen nicht daran hält, ist nicht der vielzitierte »polnische Klempner« daran schuld, sondern der Arbeitgeber.

Schwieriger ist es, den Widerstand gegen Ungleichheit auf übernationaler Ebene zu organisieren. Dies zeigt sich beispielhaft in den Europäischen Betriebsräten, die seit 1994 in grösseren Firmen mit Niederlassungen in verschiedenen EU-Ländern eingerichtet werden müssen. Im Konkreten ist es schwierig, sprachliche und kulturelle Barrieren zu überwinden. Firmenleitungen versuchen, Belegschaften einzelner Länder gegeneinander auszuspielen, beispielsweise bei Verlagerungen von Niederlassungen. Häufig ist auch den ArbeitnehmervertreterInnen in solchen Fällen das Hemd näher als die Jacke. Marx und Engels wussten, dass sich die »Proletarier aller Länder« nicht automatisch vereinigen würden, auch wenn es im Kommunistischen Manifest heisst: »Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben. Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobern, sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren muss, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie. Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden mehr und mehr schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie, mit der Handelsfreiheit, dem Weltmarkt, der Gleichförmigkeit der industriellen Produktion und der ihr entsprechenden Lebensverhältnissen« (ebd., 479). Der Zusammenbruch der Zweiten Internationale im Ersten Weltkrieg hatte bereits auf die allerdeutlichste Weise gezeigt, dass der internationalistische Appell der ArbeiterInnenbewegung im Krisenfall nicht oder höchstens teilweise funktionierte. Und dies hat sich auch fünfzig oder hundert Jahre später nicht geändert.

Heute ist die Positionierung der Linken zu Europa offener denn je. Anfang 2014 nahmen die Schweizer Stimmberechtigten die »Masseneinwan-

derungsinitiative« an, welche auf ein Ende der Personenfreizügigkeit und damit auf die Kündigung der bilateralen Verträge hinauslief. Im Sommer 2016 stimmten die Briten und Britinnen für den ›Brexite‹. In verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten kam es zu Regierungswechseln, und es ist unklar, wie es weitergehen soll mit dem umstrittenen Projekt der europäischen Einigung. Dies macht die Aufgabe für die Linke nicht einfacher, auch in der Schweiz nicht. Ein EU-Beitritt steht für die nächsten Jahre wohl kaum auf der politischen Traktandenliste. Um die Frage, wie wir uns zu ›Europa« verhalten, kommen wir dennoch nicht herum. Marx gibt dazu keine eindeutigen Antworten. Sicher ist, dass der Kampf um das ›soziale Europa« nicht nur auf nationalstaatlicher Ebene geführt werden kann. Partei- und Gewerkschaftszusammenschlüsse auf europäischer Ebene sind dazu wichtig – dürfen aber ihrerseits den internationalen Aspekt nicht zugunsten eines rein europäischen Fokus vernachlässigen. Die europäische Integration ist aus meiner Sicht kein ›linker Wert« an sich, jedoch ein Faktum, dem die Linke beim Kampf um mehr soziale Gerechtigkeit und Demokratie Rechnung tragen muss. Aus diesem Blickwinkel führt heute auch in der Schweiz an Europa kein Weg mehr vorbei.

Literatur

Wolf, Frieder Otto (1997): Europa. In: Historisch-kritisches Wörterbuch für Marxismus, Band 3. Berlin

Marx, Karl und Engels, Friedrich (1972): Das Manifest der Kommunistischen Partei. In: Marx-Engels-Werke, Band 4, 6. Auflage, 459–493

Ziltener, Patrick (1997): Europäische Integration. In: Historisch-kritisches Wörterbuch für Marxismus, Band 3. Berlin